



Interviews

29. Februar 2024

Moritz Küpper im Gespräch mit Gabrielius Landsbergis

Küpper: Herr Minister Landsbergis, alle reden darüber, dass der französische Präsident Emmanuel Macron gesagt hat: „Keine Maßnahme sollte ausgeschlossen werden“ und „Wir werden alles tun, was nötig ist, um zu verhindern, dass Russland den Krieg gewinnt,“ womit auch ausdrücklich der Einsatz von Bodentruppen gemeint war. Währenddessen sagt der deutsche Bundeskanzler Scholz, dass keine deutschen Truppen in die Ukraine entsandt werden würden – damit zieht er eine rote Linie. Ihr Präsident, Gitanas Nausėda steht auf der Seite Macrons. Warum?

Landsbergis: Uns war nach Russlands illegaler Invasion von Anfang an klar, wie unsere Unterstützung der Ukraine aussehen muss: Wir werden der Ukraine helfen müssen, diesen Krieg zu gewinnen. Und wenn wir wollen, dass die Ukraine den Krieg gewinnt, dann ist es vermutlich nicht besonders klug, für uns selber rote Linien zu ziehen. Bisher haben wir das allerdings immer wieder gemacht. Und jetzt sehen wir, dass wir die Ukraine nicht einfach wie bisher unterstützen können, das ist offensichtlich. Europa an ist nicht in der Lage, bestimmte Abwehrsysteme zur Verfügung zu stellen, und die USA haben auch gerade einige Schwierigkeiten. Deswegen ist jetzt definitiv die Zeit gekommen, auch unübliche Maßnahmen in Erwägung zu ziehen. Dazu braucht es auch Mut. Wir müssen uns überlegen, wie wir der Ukraine helfen können, den Krieg zu gewinnen.

Küpper: Europa und die NATO sollten jetzt also offen darüber diskutieren, Bodentruppen in das Land zu schicken?

Landsbergis: Nun, Präsident Macron hat ja zunächst einmal an alle gleichgesinnten Länder appelliert, das heißt, es braucht keine Entscheidung der EU oder der NATO. Die Entscheidungsfindung in dieser Organisation ist ja außerordentlich kompliziert. Es ist viel leichter, eine Gruppe gleichgesinnter Länder zu finden, um in diesem Rahmen voranzukommen. Was dann konkret gemacht würde, kann man jetzt noch nicht genau sagen. Der Vorschlag Frankreichs sieht verschiedene Möglichkeiten vor. Wenn man sich dann auf den Plan einigt, der in dieser Gruppe den größten Rückhalt bekommt, könnten wir damit unsere Strategie neu ausrichten.

Küpper: Begeht der deutsche Bundeskanzler einen Fehler, wenn er in dieser Hinsicht eine rote Linie zieht?

Landsbergis: Die deutsche Regierung ist befugt, in dieser Angelegenheit zu entscheiden, wie sie es für richtig hält. Ich werde die Entscheidungen des Bundeskanzlers daher nicht kommen-

tieren. Doch die größte Bedrohung, der wir als europäische oder transatlantische Länder ausgesetzt sind, ist die aktuelle geopolitische Krise, manche würden sogar von einem geopolitischen Desaster sprechen. Putin ist gerade dabei, den Krieg zu gewinnen, er erobert Territorien und unterwirft die entsprechenden Länder. Dabei schließt er noch nicht einmal aus, sogar NATO-Staaten anzugreifen. Das dürfen wir nicht außer Acht lassen. Und wenn wir über keine Strategie verfügen, wie wir dem begegnen wollen, könnte jetzt ein düsteres Kapitel der Weltgeschichte beginnen.

Küpper: In einem Tweet hat Bundeskanzler Scholz verlautbart, dass kein europäisches Land und keine NATO-Mitgliedstaat Bodentruppen in die Ukraine entsenden würde, und die Plattform X sah sich genötigt, die Information anzuhängen, dass der französische Präsident Macron dem widersprechen würde. Welche Botschaft vermittelt das Moskau und dem russischen Präsidenten – wie schätzt er diese Lage ein?

Landsbergis: Er weiß, dass Europa es mit der Unterstützung der Ukraine ernst meint. Aber in den letzten Monaten konnte er sehen, dass wir uns teilweise vergeblich abmühen, deswegen hat er viel mehr Spielraum in der Ukraine, außerdem verfolgt er hybride Aktivitäten in verschiedenen NATO-Ländern. So wurde dem litauischen Kultusminister zum Beispiel ein russischer Haftbefehl ausgestellt. Es gibt also viele dieser hybriden Aktivitäten, oder auch Cyber-Angriffe in Frankreich oder anderen Ländern. Putin hat gerade Rückenwind. Aber wenn wir jetzt unsere Strategie ändern, dann würde er sehen, dass wir keine roten Linien für uns selbst ziehen – sondern für ihn. Und das haben wir in den letzten beiden Jahren nicht gemacht.

Küpper: Aber ist es nicht bedenklich, dass es bei den deutsch-französischen Beziehungen – die für Europa so wichtig sind – ernste, grundlegende Abstimmungsschwierigkeiten gibt?

Landsbergis: Nun, zunächst einmal wurde ein französischer Vorschlag unterbreitet ...

Küpper: Der von Deutschland bereits abgelehnt wurde ...

Landsbergis: Das kann man vielleicht auch anders sehen. Wir haben in der Vergangenheit schon viel darüber diskutiert, wie wir die Ukraine unterstützen wollen. Da hat es immer wieder zunächst eine Antwort gegeben und dann eine Diskussion, und daraus kann immer eine neue oder eine andere Antwort hervorgehen. Ich denke nicht, dass zum jetzigen Zeitpunkt schon das letzte Wort gesprochen ist.

Küpper: Deutschland unterstützt die Ukraine andererseits ja auch mit Waffen und auch finanziell, und zwar in größerem Umfang als Frankreich das bisher tut. Erwarten Sie von Macron vielleicht nicht etwas mehr als nur Worte und Vorschläge?

Landsbergis: Da sprechen Sie einen sehr wichtigen Punkt an. Ich bin immer wieder gefragt worden, ob wir lieber diese Diskussionen hätten, anstatt die Ukraine mit Waffen zu versorgen. Aber wir müssen ganz einfach beides auf den Weg bringen, das geht gar nicht anders. Wir

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

müssen die Ukraine militärisch unterstützen, und zwar so gut und so umfassend, wie wir nur können. Das ist ja auch ziemlich offensichtlich, denn das hat sich als äußerst wirkungsvoll erwiesen. Sonst würde es heute um die Ukraine ganz anders stehen. Darüber sollten wir aber nicht unsere notwendigen strategischen Überlegungen vernachlässigen.

Küpper: In Deutschland wird seit einigen Monaten darüber diskutiert, ob man Cruise Missiles, die Taurus Marschflugkörper, liefern sollte. Haben Sie Verständnis dafür, wenn die Deutschen sich zum jetzigen Zeitpunkt immer noch nicht dazu durchringen können?

Landsbergis: Die Litauer würden die Lieferung des Taurus-Marschflugkörper sehr vehement begrüßen. Es ist genau das, was sie in der Ukraine gerade brauchen. Es könnte die gesamte Dynamik der ukrainischen Landesverteidigung verändern. Die Ukrainer brauchen es, und sie brauchen es jetzt. Sie hätten das Abwehrsystem ehrlich gesagt schon vor einem Jahr haben müssen. Die Entscheidung muss natürlich in Deutschland getroffen werden. Aber hier an der östlichen Flanke und in der Ukraine gibt es eine sehr große Erwartungshaltung, das kann ich ihnen versichern.

Küpper: Können Sie es nachvollziehen, wenn davor gewarnt wird, dass der Westen so zur Kriegspartei würde und damit indirekt oder sogar direkt in den Krieg verwickelt wurde.

Landsbergis: Nun, dieser Krieg spielt sich ja bereits in Europa ab. Eine aggressive imperialistische Macht ist dabei, seine Nachbarländer zu zerstören. Natürlich darf man erwarten, dass man den Umfang des Krieges eindämmt, so dass der Krieg sozusagen nicht über die Grenze der Ukraine zu uns kommt. Aber es ist offensichtlich, dass Russland nicht an der Grenze haltmachen wird. Darauf müssen wir vorbereitet sein. Es ist einfach effizienter, wenn wir die Ukraine jetzt so unterstützen, dass Russland sich wieder hinter seiner international anerkannten Grenzen zurückzieht. So stellen wir uns jedenfalls die Zukunft vor.

Küpper: Sie sprechen schon seit Jahren Warnungen aus, und vergangene Woche haben sie sogar von einem „Pearl-Harbour“-Moment gesprochen. Ist man sich in Europa dessen immer noch nicht bewusst?

Landsbergis: Ja, das ist wohl so. Es gibt immer noch diese Vorstellung, dass Putin einfach irgendwann mit all dem aufhören wird. Dass er irgendwann zufrieden sein wird und dann sagt: Okay, jetzt reicht's. Aber das wird niemals passieren. In diesem kontroversen Interview, das er vor ein paar Wochen gegeben hat, hat er erklärt, dass die baltischen Länder und auch Polen ganz direkt zur russischen Einflussphäre gehören würden. Von alleine wird es nicht aufhören. Da muss man schon etwas für tun. Und die Ukrainer sind gerade dabei, uns Europäern – und der gesamten Welt – diesen verlustreichen Dienst zu erweisen und Russland aufzuhalten. Und wir sind dabei, einen großen Fehler zu begehen, wenn wir das nicht ernst nehmen.

Küpper: Mitte März werden in Russland die so genannten Wahlen abgehalten. Heute wird sich Putin in einer Rede an die Nation zu Wort melden. Was darf man hiervon erwarten?

Landsbergis: Nicht viel. Ich glaube nicht, dass das es hier irgendeine Überraschung geben wird. Er übt über sein Land die absolute Macht aus, aber auch über die Medien und sämtliche Diskurse, die in Russland geführt werden. Er hat den wichtigsten Oppositionsführer Alexej Nawalny im Gefängnis getötet oder töten lassen. Ich glaube nicht, dass er denkt, dass irgendjemand ihn in die Schranken weisen könnte. Insofern befinden wir uns in einer sehr gefährlichen Phase. Bei seinen Erklärungen wird es ganz bestimmt keine Überraschung geben. Aber ich denke, dass wir alles, was in Russland passiert, sehr ernst nehmen sollten und als eine Warnung verstehen müssen. Denn wir sind davon auf direkte Art und Weise betroffen.

Küpper: Morgen wird Alexei Nawalny beerdigt. Wird mit ihm auch die gesamte Opposition beerdigt?

Landsbergis: Ich hoffe, dass die Menschen sich von Nawalny verabschieden werden können. Denn er war ihre Hoffnung. Es könnte aber eine blutige Beerdigung werden, wenn Präsident Putin sich dazu entschließt, im Rahmen der Zeremonie Gewalt einzusetzen. Das werden wir dann sehen, wenn es soweit ist.

Küpper: Sie haben gesagt, dass Putin über absolute Kontrolle verfügt und dass er deswegen nur von außerhalb aufgehalten werden kann.

Landsbergis: Nun, es sind jetzt die Menschen in der Ukraine, die ihn aufhalten können.

Küpper: Gabrielas Landsbergis, der Außenminister Litauens. Vielen Dank für das Interview und für Ihre Zeit.

Landsbergis: Vielen Dank für das Interview. Alles Gute Ihnen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.